

Erschienen in: Internationaler Arbeitskreis für Orthographie (Hrsg.): Deutsche Rechtschreibung. Vorschläge zu ihrer Neuordnung. – Tübingen: Narr, 1992. S. 216-218.

[Mentrup, Wolfgang]

### **3 ZUR DISKUSSION – AUSBLICK**

Jeder Versuch, die jeweils geltende Rechtschreibnorm systematisch zu regeln und dabei bestimmte Änderungen durchzuführen, ist in der Vergangenheit nicht nur auf Zustimmung gestoßen, sondern hat zum Teil heftigen Widerspruch hervorgerufen. Das war nicht nur im zeitlichen Umfeld der beiden orthographischen Konferenzen von 1876 und 1901 der Fall, sondern auch in den letzten Jahren, als die ersten der jetzt insgesamt vorliegenden Vorschläge bekannt wurden.

Wichtig bei dem Bemühen um eine sachliche und das Pro und Contra abwägende Diskussion ist, zu unterscheiden zwischen der vor allem in der Presse veröffentlichten und ständig reproduzierten speziellen Meinung bestimmter Journalisten und Kommentatoren und der nicht in gleichem Maße zu Wort kommenden öffentlichen Meinung als Meinung der Sprachgemeinschaft allgemein. Die Erfahrung in vielen Diskussionen mit sehr unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in den letzten vier Jahren hat deutlich gezeigt, daß in vielen Punkten die veröffentlichte Meinung nicht der öffentlichen, der allgemeinen Meinung entspricht.

Der später zurückgenommene Vorschlag der IDS-Kommission, die Schreibung der Wortgruppen um *Kaiser*, *Boot* und *Aal* zu ändern, stieß nicht nur in den Medien, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit auf wenig Verständnis und auf weitgehende Ablehnung. Doch neben diesem 'klaren Fall' ist kein weiterer Einzelvorschlag mit gleicher Heftigkeit kritisiert und durchgängig abgelehnt worden. Vorschläge zu anderen Fallgruppen wurden - natürlich - auch von der einen Seite oder anderen Seite oder von mehreren Seiten kritisiert, dabei jedoch in oft zueinander widersprüchlichen Stellungnahmen. Gerade in Hinblick darauf wäre eine öffentliche Anhörung der Vertreter fachlich einschlägiger und interessierter Verbände, Institutionen u.ä. einschließlich der Vertreter der Medien vorzusehen. Das Ziel wäre, die seit längerem andauernde sachorientierte und differenzierte Diskussion auch in und vor der Öffentlichkeit weiterzuführen und zu einem vernünftigen Ende zu bringen. Dies gilt insbesondere auch für den Teilbereich der Groß- und Kleinschreibung und die vorgelegten drei Regelungsvarianten.

Zu der von einigen Linguisten mehrfach wiederholten Ansicht, man müsse überhaupt erst einmal untersuchen, welche Funktionen die bisherige Regelung habe, bevor man sie - wie es manchmal heißt: leichtfertig - ändere, sei folgendes gesagt. Zahlreiche Mitglieder der vier beteiligten Arbeitsgruppen haben sich seit Mitte der 70er Jahre bis heute intensiv mit der Orthographie, ihrer Regelung und den Möglichkeiten ihrer Reform auseinandergesetzt. Die ständig wachsende Zahl ihrer Publikationen - wie die der oben angesprochenen Linguisten - zeigt, daß es auch in der Linguistik keinen Vorruhestand wegen fehlender Möglichkeiten gibt, Themen immer weiter und unter neuen Gesichtspunkten zu bearbeiten. Doch mit einer Neuregelung der Rechtschreibung bis zum alles erschöpfenden Abschluß der wissenschaftlichen Beschäftigung

mit der Orthographie zu warten hieße, überhaupt auf eine Neuregelung zu verzichten. Denn einen Abschluß wissenschaftlicher Forschung gibt es prinzipiell - und damit auch hier - nicht.

Die - verabredungsgemäß - zur "Prüfung durch die zuständigen staatlichen Stellen" überreichte Vorlage für die 3. amtlichen "Wiener Gespräche" 1993 beansprucht nicht, den einzigen Weg aufgezeigt zu haben, der zu einer systematisierten und vereinfachten Rechtschreibung führt. Denn man kann viele der rechtschreiblichen Sachverhalte auch anders beschreiben und darstellen und natürlich auch andere Änderungen vorsehen. Doch die bisherige Auseinandersetzung mit den Kritikern hat keinen Anlaß gegeben, das Konzept grundsätzlich zu ändern. Und nicht nur die Teilnehmer an den 2. "Wiener Gesprächen" von 1990 sind der Meinung, daß es sich "um den am besten durchdachten Neuordnungsvorschlag zur deutschen Rechtschreibreform handelt, der seit der Orthographischen Konferenz von 1901 erarbeitet wurde".

Im zeitlichen Umfeld der für 1995 angestrebten internationalen "Übereinkunft zur Reform der deutschen Rechtschreibung" ist es notwendig, die Öffentlichkeit ausreichend zu informieren und auf die Umstellung vorzubereiten. Notwendig ist auch, ein vernünftiges Verfahren für die Übergangszeit vorzusehen. Dabei wird die Umstellung so schwierig nicht sein. Denn letztlich muß man vor allem lernen, daß es weniger Ausnahmeregeln gibt bzw. daß der Geltungsbereich bestimmter Grundregeln ausgeweitet ist. Dies heißt nicht, daß nach der Neuregelung die Vermittlung und Aneignung der Orthographie problemfrei sein werden. Aber nicht wenig wird einfacher sein.

In Zusammenhang mit der Aufklärung der Öffentlichkeit über die geplante Neuregelung sollte darauf hingewirkt werden, den hohen und nicht selten überzogenen Stellenwert, den die Rechtschreibung und die Beherrschung ihrer Regeln im Bewußtsein vieler Sprachteilhaber haben, zu relativieren. Dieser Appell heißt nicht, daß die Orthographie - auch nach ihrer Neuregelung - vernachlässigt werden soll. Denn sie stellt für den Sprachteilhaber sowohl als Schreibenden wie auch als Lesenden eine entscheidende Hilfe im Wechselspiel der schriftlichen Kommunikation dar.

Um eine Wiederholung der auswuchernden Entwicklung der Regelung, wie sie von 1901 an bis in die Gegenwart stattgefunden hat, von vorneherein auszuschließen, sollte eine zwischenstaatliche Expertenkommission eingerichtet werden, die über den Zeitpunkt der amtlichen Neu-Festlegung hinaus die neuen amtlichen Regeln in kompetent-vernünftiger Weise betreut.